



Diafistoter Zeitung

Organ des Soldatenrates

Schriftleitung: Alexanderstraße 8/10. Geschäftsstelle: Nikolaistraße 3.

Erscheint täglich. — Bezugspreis: Abgeholt bei der Geschäftsstelle monatlich 1.50 Mark; durch die Post bezogen 4.95 Mark vierteljährlich außer Postgelde.

Bestellungen nehmen sämtliche Reichs- und Feldpostämter entgegen. Feldabonnements 1.15 Mk. einschl. Porto, von der Expedition — abgeholt 1 Mark. —

Niederbruch der Spartakusrevolution.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 11. Januar.

Aber den Stand des Kampfes in Berlin berichtet ein heute früh ausgegebener amtlicher Bericht, daß der Spartakusaufbruch zusammenbricht. Die Initiative liegt fest in der Hand der Regierungstruppen. Die Aufständischen sind völlig in die Verteidigung gedrängt und vermögen auch diese nur noch mühsam durchzuführen. Man darf mit Sicherheit auf den Fortgang deutscher Entwicklung rechnen. Durch ihre nicht mehr zu verkennende Niederlage auch um den letzten Rest politischer Disziplin gebracht, enthüllen sich die Spartakusleute immer mehr als gewissenlose Verbrecher.

An verschiedenen Stellen der Stadt haben sich heute im Laufe des Tages heftige Kämpfe entwickelt, bei denen der „Vorwärts“ und das Verlaashaus Bürgerstein von den Regierungstruppen zurückgewonnen wurden. Die Kämpfe um den „Vorwärts“ begannen gegen 5 Uhr morgens unter Einwirkung von Minenwerfern, die schwere Verwüstungen anrichteten. Im Hause hatten sich etwa 800 Spartakisten verschanzt, die über 100 Maschinengewehre, 1100 Gewehre und über 1000 Handgranaten verfügten. Die Aufforderung zur Übergabe beantwortete die Besatzung, auch als die Granatenwerfer und Gardejäger sich bereits an das Haus herangearbeitet hatten, mit: „Nein, niemals!“ Durch Minenfeuer wurde das Haus kurzweil geschossen, dann begann der Sturm. Die Besatzung leistete keinen passiven Widerstand mehr, sondern ergab sich bald. Etwa 300 Tote und Vermundete liegen unter den Trümmern des Hauses begraben. Über 500 Gefangene wurden abgeführt, die auf den Straßen von den Bewachungen der Menge empfangen wurden. Die Sch- und Druckmaschinen des „Vorwärts“ sind von den Spartakusleuten fast vollständig zerstört worden. Ebenso gelang es den Regierungstruppen, in das Gebäude von Bürgerstein einzudringen. In Neukölln sind Zeitungen zurückerobert. Weitere Kämpfe im Zeitungsviertel, besonders gegen die Häuser Mosse, Ullstein und das Wolffsbureau-Haus sind im Gange.

Spandau ist am Freitag von regierungstreuen Regimentern nach erbittertem Kampfe genommen worden. In ihren Händen befinden sich das Rathaus, die Artilleriewerkstätten Nord und Süd und die Pulverfabrik. Das Hauptquartier der Umstürzler ist jetzt vom Polizeipräsidenten nach der Böhm-Bräuerei verlegt worden, die stark verschanzt ist. Hier haben sich Liebknecht, Eichhorn und Kadek versammelt, umgeben von einer starken Leibwache, die jedem den Eintritt verwehrt.

Aber den heutigen Verlauf der Einigungsverhandlungen wird von Seiten der Regierung berichtet: Die Vertreter der Arbeiterschaft der U.-E.-G. und von Schwarzkopf, denen sich eine Reihe anderer Berliner Großbetriebe angeschlossen hatten, sind am Freitag mit dem Mandat zur Fortführung der Einigungsverhandlungen betraut worden. Sie erschienen um 2 Uhr aufs neue in der Reichsdruckerei zu Besprechungen mit der Reichsregierung und dem Parteivorstand der Berliner Spartakusvereine. Von beiden Seiten wurde übereinstimmend erklärt, daß man zu Verhandlungen nach Wiederherstellung der Pressefreiheit sofort bereit sei. Was ihre Forderung anlangt, den neuen Berliner Polizeipräsidenten im Einverständnis mit den Unabhängigen zu ernennen, so wies die Reichsregierung darauf hin, daß es sich bei seiner Befehung um eine Angelegenheit Preußens handele, in die sich die Reichsregierung nicht einmischen könne. Die Deputation billigte den Standpunkt bezüglich der Räumung des „Vorwärts“ und versprach, in diesem Sinne auf die in Betracht kommende Parteiorganisation einzuwirken. Wie gewünscht diese Einwirkungsmöglichkeit ist, zeigte sich schon eine Stunde später. Eine Deputation der Besatzung des „Vorwärts“-Gebäudes erschien. Als auch ihr die selbstverständliche Bedingung genannt wurde, allen Verhandlungen müsse die Räumung des „Vorwärts“ vorangehen, erwiderten sie das rundweg mit den Worten: „Der „Vorwärts“ wird nicht geräumt!“ Der gute Wille der Berliner Arbeiterschaft und der Reichsregierung scheint also an der verbrecherischen Hartnäckigkeit der Eindringlinge zu scheitern.

Aber den Verlauf der Besprechungen in der Reichskanzlei wurden über den Standpunkt der Regierung die folgenden Einzelheiten mitgeteilt: Die Regierung hält auf demselben Standpunkt wie bei Jantzen. Sie

wird jede Möglichkeit begrüßen, durch die Blutvergießen vermieden wird. Ein Ergebnis der Verhandlungen, die nach Wiederherstellung der Pressefreiheit sofort aufgenommen werden sollen, kann sich aber nur dann vollstrecken, wenn dabei vor allen Dingen die Entwaffnung aller Zivilpersonen gründlich und grundsätzlich durchgeführt wird. Die Ausföchtung der Revolution mit geistigen Waffen, wie sie an Stelle der Gewalt auch von der Deputation verlangt wird, soll sich natürlich nicht nur auf Berlin beschränken, sondern muß von den beteiligten Parteien über das ganze Reich hinweg durchgeführt werden. Nur so lassen sich die Wahlen zur Nationalversammlung und diese selbst in unbeschränkter Freiheit sicherstellen. Die Einigungsversuche, für deren Weiterführung der Zentralvorstand der Großberliner U. S. P. und ihre Droane eingetreten waren, haben keinen Erfolg gehabt. Das mag seinen Grund in der Planlosigkeit und in dem Mangel an Zielbewußtsein haben, die alle Aktionen der U. S. P. kennzeichnet. Die Regierung muß das Vertrauen zu einer Partei verlieren, von deren Führern ein Teil als ehrlich Makler vor ihr zu Unterhandlungen erschienen, während die anderen die maßlosen Gehäufnisse des Spartakusbundes unterzeichnet haben.

Der geistige Aufruf, der an Spartakismus alles Bisherige übertraf, ist in der Tat, wie wir hören, von einem Teil der Führer der U. S. P. mitunterzeichnet worden. Es handelt sich um die Gruppe, die Ledebour und Eichhorn nahesteht. Die anderen Führer der U. S. P., wie Grottel, Barth und Tiedemann, haben diesen Aufruf nicht mitunterzeichnet. Sie haben nicht einmal gewußt, daß ein derartiger Beschluß gefaßt wurde. Der Zentralvorstand der Wahlvereine der U. S. P. hat sich also in diesem Fall über die Köpfe der Parteiführer hinweggesetzt.

Die von den Arbeitern geforderte Einigung wird, wie in einem heute früh verbreiteten Flugblatt des Spartakusbundes unter scharfen Ausfällen gegen die Vermittlungsversuche von Cohn und Haase und noch schärferen Angriffen auf Ebert, Scheidemann und Noske festgestellt, schroff abgelehnt. Das Flugblatt stellt die üblichen Forderungen der Spartakisten, wie die Entwaffnung der Truppen, Bewaffnung der Arbeiter, dazu die vorläufige Unterdrückung der bürgerlichen Presse bis zur Durchführung aller Sicherheitsmaßnahmen, dauernde Übernahme des „Vorwärts“ durch die revolutionäre Arbeiterschaft und die Beseitigung der Regierung Ebert-Scheidemann ohne Blutvergießen.

Andererseits ist der Reichsregierung folgende Rundgebung zugegangen: Die funktionären Arbeiterräte und Betriebsvertrauensleute der sozialistischen Partei Großberlins verlangen von der Regierung, daß sie auf keine Verhandlungen eingeht, ehe nicht die völlige Pressefreiheit wiederhergestellt und der „Vorwärts“ freigegeben ist. Sie erwartet von der Regierung, daß sie alle zur Verfügung stehenden Machtmittel einsetzt, falls der „Vorwärts“ nicht bis heute, den 10. Januar, abends, geräumt ist, und daß sie sich in der Durchführung ihrer Maßnahmen durch keine Verhandlungen stören läßt. Diese Entschlieung wurde mit 500 gegen sechs Stimmen angenommen. Der „Vorwärts“ und die „Freiheit“ rufen zu großen Massenversammlungen im Freien am Sonntag mittag auf.

Die „Freiheit“ meldet, daß Ledebour und Ernst Meyer heute verhaftet worden sind. Bei Ledebour wurde an die Stirn geklopft, und als geöffnet wurde, drangen Offiziere und Soldaten ein und erklärten Ledebour für verhaftet. Auf die Frage nach dem Haftbefehl wurde geantwortet: „Den brauchen wir nicht, wir haben die Macht.“ Ebenso erfolgte die Verhaftung Meyers.

Einer Privatnachricht von heute früh zufolge sind die Spartakusleute in Berlin völlig geschlagen und sämtliche Bahnhöfe wieder im Besitz der Regierungstruppen.

Aus dem Reich werden eine Anzahl von Spartakusbünde gemeldet. In München veranstaltete die kommunistische Partei eine große Demonstration. Dabei wurde mitgeteilt, daß die Anarchistenführer Mühsam, Sonthheimer und andere verhaftet worden sind. In Dresden kam es gleichfalls bei einem Überfall auf die „Dresdner Volkszeitung“ zu Blutvergießen. 20 Tote sind festgestellt. Köhler wurde als Verfasser

eines Flugblattes, das auffordert, die Nationalversammlung unter allen Umständen zu verhindern, verhaftet. In Düsseldorf, wo Spartakusleute bürgerliche Zeitungen besetzt haben, veranstalteten die Mehrheitsparteien MassenDemonstrationen für die Regierung, die zu blutigen Zusammenstößen mit Spartakisten führten. Eine Versammlung der Polizeibeamten beschloß, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bis die Verhältnisse eine Klärung erfahren haben. Auch aus Bremen werden große Demonstrationen gemeldet. In Hamburg drangen dagegen die Sicherheitsmannschaften nach einer Versammlung zusammen mit demonstrierenden Arbeitern in das Rathaus ein, verhafteten Dr. Lauffenberg und besetzten das „Hamburger Echo“.

Die Frage der Materialrückstattung.

Eine Note der deutschen Waffenstillstandskommission.

Berlin, 10. Januar. Amtlich.

Im Auftrage des Staatssekretärs Erzberger hat gestern General von Winterfeldt in Spaa dem Oberkommando der Alliierten folgende Note zur Regelung der schwierigen Fragen der Materialrückstattung überreichen lassen:

„In den Verhandlungen, die zwischen den Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung dem Abschluß des Waffenstillstandes vorausgegangen sind, haben die alliierten Regierungen in Übereinstimmung mit Präsident Wilson am 5. November erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen und daß Deutschland für alle durch seine Angriffe zu Land, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und deren Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll. Präsident Wilson hat sich ausdrücklich mit dieser Auslegung einverstanden erklärt. Die deutsche Regierung ist entschlossen, die für den künftigen Friedensvertrag bereits jetzt feststehende erschöpfende Regelung des Schadenersatzes loyal auszuführen. Es besteht also völlige Übereinstimmung zwischen der deutschen Regierung und der Forderung der Note des Marschalls Foch vom 5. Januar, soweit sie die restlose Rückstattung in natura oder in gleichwertigem gleichwertigem Ersatz des gesamten von Deutschland aus den besetzten Gebieten abgeführten und deshalb fehlenden Materials fordert. Die endgültige Einzelregelung dieser Frage muß aber dem Friedensvertrag, auf dessen Abschluß die deutsche Regierung wiederholt gedrängt hat, vorbehalten bleiben. Daher ist die deutsche Regierung nicht in der Lage, in diesen Ausführungsbestimmungen zum Waffenstillstandsabkommen die gewünschten Abmachungen bereits zu treffen und sie dem Friedensvertrag vorwegzunehmen. Wohl aber erklärt sich die deutsche Regierung bereit, wie im Vorschlage vom 4. Januar ausgeführt worden ist, die aus den besetzten Gebieten stammenden Maschinen, die ohne weiteres zurückgegeben werden können, den französischen und belgischen Delegierten alsbald zur Verfügung zu stellen, oder an die deutsche Kriegsindustrie verkaufte Maschinen, deren Rückkauf gemäß Vereinbarung mit den rechtmäßigen Besitzern möglich ist, gleichfalls zur Verfügung zu stellen, und endlich Vereinbarungen mit den französischen und belgischen Delegierten darüber zu treffen, in welchem Umfang und Zeitraum neuanzufertigende Maschinen als Ersatz für die in den besetzten Gebieten beschlagnahmten zu liefern sind.“

Die Polen in der Niederlage.

Eigener Drahtbericht.

Schneidemühl, 10. Januar.

Zu den Polenkämpfen wird von amtlicher Stelle gemeldet, daß der heutige Tag ruhig verlaufen ist. Bei den Kämpfen um Hohenfalsza sind die Verluste der Polen sehr schwer gewesen, während die deutschen Truppen nur geringe Verluste hatten. Auch in der Gegend von Bromberg haben Kämpfe stattgefunden. Deutsch-Krone wurde gestern alarmiert. Die Gerüchte, daß Polen im Anmarsch sind, waren jedoch unbegründet. Das Negetal ist seit gestern wieder in deutschem Besitz. Witzig ist anscheinend von polnischen Freischärlern geräumt. Über den Regierungsbezirk Bromberg ist der Jagarunasstand verhängt worden. Kolmar ist

von den Polen wieder geräumt worden, nachdem sie zuvor Eisenbahn und Brücken gesprengt hatten.

Englands neue Regierung.

Meldung der Holländischen Telegraphenagentur.
Haag, 11. Januar.

Das neue britische Ministerium ist, wie aus London berichtet wird, gestern bekanntgegeben worden. Es handelt sich im wesentlichen um die alten Männer, die lediglich ihre Posten gewechselt haben. Das Interessanteste ist die Ernennung des Inders Sir Sinha zum Staatssekretär für Indien. Es ist dies das erstemal, daß ein Farbiger in das Kabinett aufgenommen wurde. Im einzelnen weist das Kabinett folgende Zusammenstellung auf:

Premierminister Lloyd George,
Führer des Unterhauses Bonar Law,
Führer des Oberhauses Carson,
Minister ohne Portefeuille Barnes, Eric
Gebbes und Sir Frederic Smith,

Inneres Schott,
Äußeres Balfour,
Kolonien Milner,
Flugwesen Seely,
Ackerbau Protero,
Unterricht Fisher,
Munition Sir Weir,
Indien Montague,
Unterstaatssekretär für Indien Sinha,
Admiralität Walter Long.

Hauptchriftsteller: G. Zug.

Druck und Verlag der „Bialystoker Zeitung.“

Bekanntmachung.

Von dem Verwaltungskomitee ist eine einmalige außerordentliche Steuerabgabe zur Bestreitung von künftigen Ausgaben der neuen Stadtverwaltung beschlossen worden. Diese Steuerabgabe hat bis zum 20. dieses Monats an die Stadtkreiskasse, Alexanderstraße 14,

Schalter 13, zu erfolgen. Bei Versäumnen, die diesen Zahlungstermin nicht einhalten, erhöht sich diese Steuer um einen Strafzuschlag von 50%.

Vorstehende Zahlungsfrist und Erhöhung um 50% findet auch auf die Handels- und Betriebspatente Anwendung. Bei Nichtzahlung erfolgt Schließung des Geschäfts.

Bialystok, den 10. Januar 1919.

Das Verwaltungskomitee.
Der Stadthauptmann.

Am Mittwoch, den 15. Januar 1919,
vormittags 10 Uhr,

werden auf dem Wirtschaftshofe (Schloß)

10 Pferde

meistbietend verkauft werden.

2716

Militärbezirksverwaltung Litauen Süd,
Bialystok.

Gazeta Białostocka

Wychodzi codziennie. — Abonament wynosi: przy odbiorze w ekspedycji 1,50 mk. miesięcznie; na pocztę 4,95 mk. kwartalnie, wyłącznie opłaty za dostawienie. Zamówienia — — — przyjmują wszystkie poczty państwowe — — —

Redaktor naczelny: G. Lutz.
Redakcja: Aleksandrowska 8/10.
Ekspedycja: Mikołajewska 3.
Drukiem i nakładem „Gazety Białostockiej“.

Ceny ogłoszeń: wiersz sześciolamowy, petitowy 25 fen. Ogłoszenia mieszkań i poszukiwania posad 15 fen. Przy powiższych i większych zamówieniach obniża się ceny. Przyjmowanie ogłoszeń z zastrzeżeniem cenzuralnym w ekspedycji przy Mikołajewskiej 3 i we wszystkich eksped. anonowych.

Pokonanie powstania spartakowców.

Telegram własny.

Berlin, 4. stycznia.

O walkach w Berlinie donosi wydany dziś rano komunikat, że powstanie spartakowców zostaje stopniowo pokonane. Inicjatywa spoczywa pewnie w rękach wojsk rządowych. Powstańcy zmuszeni są jedynie do bronięcia się, a i takowe przychodzi im z wielkim trudem. Z pewnością liczyć można na dalszym ciągu rozwoju niemieckiego. Wskutek wyraźnej porażki jak też resztek politycznej dyscypliny okazuje się, iż spartakowcy nie są niczym innym, jak bezsumiennymi zbrodniarzami.

W wielu stronach miasta doszło w ciągu dnia do walk, podczas których odebrały wojska rządowe redakcję „Vorwaertsu“ i dom wydawnictwa Buxensteina. Walki o Vorwaerts rozpoczęły się około godziny 5 rano przy użyciu minomiotów, które wyrządziły poważne szkody. W gmachu oszańcowano się około 800 spartakowców uzbrojonych w przeszło 100 kulomiotów, 1100 karabinów i przeszło 1000 granatów ręcznych. Na żądanie poddania się odpowiedziała załoga i na czas gdy oddział granatmiotów i strzelców gwardji dobili się w pobliże domu: „Nie, nigdy!“ Ostrzeliwano ostro gmach minomiotami, potem ruszono do szturmu. — Na ówczas załoga nie broniła się nie zbyt uporczywie i wkrótce się poddała. Około 300 zabitych i rannych leży pod gruzami gmachu. Zabrano przeszło 500 jeniców przyjętych na ulicy przez tłum przekleństwami. Maszyny drukarskie „Vorwaertsu“ zostały przez spartakowców prawie zupełnie zburzone.

Wojskom rządowym udało się również wtargnąć do gmachu Buxensteina. W Neukoeller odebrano redakcję gazet. Walki w dzielnicy dziennikarskiej, szczególnie koło domów Mossego, Ullsteina i biura Wolfa trwają wciąż jeszcze.

Szpadawa zajęta została w piątek przez wojska rządowe po zwycięskich walkach. Zdobyły one ratusz, warsztaty artyleryjskie północy i południa jak też fabrykę prochu. Główna kwatera przewrótowców przeniesiona obecnie została z prezydium policji do browaru Boetzowa, który silnie oszańcowano. Tu zbrali się Liebknecht, Eichhorn i Radek otoczeni silną strażą nie dopuszczającą nikogo.

O przebiegu dzisiejszych układów porozumiewawczych rząd donosi: Przedstawicielom robotniczym A. E. G. i Schwartzkopfa, do których przyłączył się szereg innych wielkich berlińskich fabryk, powierzono w piątek mandat dla dalszego prowadzenia układów. Później przybyli oni o godzinie 2 do drukarni państwowej dla obrad z rządem państwowym i kierownictwem partji berlińskich stowarzyszeń Spartakusa. Obie strony oświadczyły zdanie, że po wprowadzeniu swobody prasy natychmiast gotowe są do prowadzenia układów. Co się tyczy ich żądań mianowania prezydenta policji dla Berlina po porozumieniu się z niezależnymi, to rząd zwrócił uwagę, że przy mianowaniu go chodzi o sprawę Prus, do której rząd państwowy nie może się wtrącać. Deputacja uznała punkt zapatrywania się ty-

czący opuszczenia „Vorwaertsu“ i obiecała wpływać w tym sensie na dane organizacje partyjne. Jak bardzo upragnionym był ten krok okazało się już godzinę później. Przybyła mianowicie deputacja załogi gmachu „Vorwaertsu“. Gdy powiedziano im zupełnie zrozumiałym warunkiem, iż wszelkie układy poprzedzone być muszą opuszczeniem „Vorwaertsu“ odpowiedziano następującymi słowami: „Nie ustąpimy z „Vorwaertsu!“ Zdaje się więc, że dobra wola robotniczy berlińskich i rządu państwowego rozbija się o zbrodniczy opór nachodźców.

O przebiegu układu w kancelarii państwowej zakomunikowano o punkcie zapatrywania się rządu następujące szczegóły: Rząd nie zmienił swych zapatrywań jak również rada centralna. Powita on wszelką możliwość, która zapobiegłaby dalszemu przelewowi krwi. Rezultat układów podjętych po zaprowadzeniu swobody prasy naówczas tylko wprowadzony być może w czyn, gdy przeprowadzone będzie zupełne rozbrojenie wszystkich osób cywilnych. Zwalczanie rewolucji bronią duchową, a nie gwałtów jak to żądają także deputowani, nie ma się naturalnie ograniczać tylko na Berlinie, lecz musi przeprowadzone być przez wszystkie partje w całym państwie. Tylko na ówczas zabezpieczyć się dadzą zebrania wyborcze i zapewnią sobie zupełną swobodę. Próby porozumienia się, za którymi występuje komitet centralny U. S. P. wielkiego Berlina i jego organy, nie odniosły porządanego skutku. Powodem tego jest zapewne brak dokładnie określonego celu i niepewność cechująca wszystkie postępy U. S. P. Rząd utracić musi zaufanie do partji, której kierownicy zjawili się jako cząstka uczciwych maklerów dla prowadzenia układów, inni zaś podpisali bezczelne odezwy podburzające grupy Spartakusa.

Odezwa wczorajsza, prześcigająca wszystko co dotychczas wydali spartakowcy, jest rzeczywiście, jak słyszymy, podpisaną przez część kierowników U. S. P. Chodzi tu o grupę stojącą najbliżej Ledeboura i Eichhorna. Inni kierownicy U. S. P. jak Haase, Barth, Tiedemann, nie podpisali tej odezwy. Nie wiedzieli nawet iż podobne postanowienie przyjęte zostało. Komitet centralny związków wyborczych U. S. P. pominał więc w tym wypadku głównych kierowników partji.

Wymagana przez robotników zgoda brutalnie odrzuconą została jak widać z rozprzestrzenionej dziś proklamacji związku Spartakusa, napadającej ostro na próby pośredniczenia Cohna i Haasego jak też potępiającej Eberta, Scheidemanna i Noskego. Proklamacja zawiera zwykłe żądania spartakowców, to jest rozbrojenia wojsk, uzbrojenia robotników, do tego zniesienia burżuazyjnej „prasy kłamstw i szczucia“ do chwili przeprowadzenia wszystkich środków zabezpieczających, objęcie na stałe „Vorwaertsu“, tego „niebezpiecznego gadu i podczuwacza do walki bratobójczej“ przez rewolucyjnych robotniczy, jak też usunięcie rządu Ebert-Scheidemanna bez przelewów krwi.

Z drugiej znów strony otrzymał rząd państwowy następującą odezwę: Czynne rady robotnicze i pełnomocnicy zakładów przemysłowych partji socjalistycznej wielkiego Berlina żądają, by rząd nie zgadzał się na żadne układy aż do chwili, gdy nie powrócą zosta-

nie zupełna swoboda prasy, a Vorwaerts oddany. Oczekują oni od rządu, iż uczyni wszystko co leży w jego mocy, o ile Vorwaerts do dziś, 10 stycznia wieczorem, nie będzie oswobodzony i że przy przeprowadzeniu swych środków nie da sobie przeszkadzać żadnymi układami. Wniosek ten przyjęty został 500 przeciwko 6 głosom. Vorwaerts i Freiheit wzywają do tłumnego zgromadzenia się w niedzielę w południe.

Z kraju donoszą o utworzeniu się pewnej liczby band spartakowców. W Monachium urządziła partja komunistów wielką demonstrację. Donoszą przytem, że aresztowano kierowników anarchistów Althansa, Sontheimera i innych.

W Dreźnie doszło również podczas napadu na „Dreznener Volkszeitung“ do przelewów krwi. Zabito 20 osób. Zaaresztowano Rühla jako autora pisemka ulotnego wzywającego by wszelkimi siłami starano się nie dopuścić do zebrania narodowego.

W Dusseldorfie, gdzie spartakowcy zajęli pisma burżuazyjne, urządził partje większości wielkie demonstracje za rządem, które doprowadziły do krwawych starć ze spartakowcami. Podczas zebrania urzędników policji postanowiono nie brać się do pracy aż do chwili gdy stosunki się wyjaśnią.

Z Bremny również donoszą o wielkich pochodach demonstracyjnych.

W Hamburgu wtargnęły zato wojska bezpieczeństwa po odbytem zebraniu wraz z demonstrującymi robotnikami do ratusza, zaaresztowali dr. Lauffenberga i uwolnili „Hamburger Echo“.

Berlin, 11. stycznia.

„Freiheit“ donosi, że Ledebour i Ernest Heyer dziś zaaresztowani zostali. Z Ledeboura zapukano do drzwi, a gdy otworzono weszli oficerowie i żołnierze oświadczyć iż Ledebour zaaresztowanym. Na pytanie kto wydał rozkaz odpowiedziano mu: „Tego nie potrzebujemy, mamy siłę!“ W podobny sposób aresztowano Heyera.

Nowy rząd Anglii.

Haaga, 11. stycznia.

Wczoraj ogłoszono, jak donoszą z Londynu, listę członków ministerstwa brytyjskiego. W zasadzie chodzi o dawnych mężów stanu, którzy jedynie zmienili swe stanowiska. Najciekawszą jest nominacja hindusa sir Sinha sekretarzem stanu dla Indji. Po raz pierwszy zdarza się, by kolorowy zasiadał w gabinecie. Gabinet składa się obecnie z następujących członków: prezes ministrów Lloyd George, prezes Izby Gmin Bonar Law, prezes Izby Lordów Carson, minister bez teki Barnes, Eric Geddes i sir Frederic Smith, sprawy wewnętrzne Shert, zagraniczne Balfour, kolonie Milner, lotnictwo Seely, rolnictwo Protore, oświata Fisher, amunicja sir Weiz, Indje Montague, podsekretarz stanu dla Indji Sinha, admiralceja Walter Long.

